(Ausgegeben am 28.05.2025)

LANDTAG NIEDERSACHSEN

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

64. Sitzung

Hannover, den 20. Mai 2025

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin 5189
Feststellung der Beschlussfähigkeit....5189

Tagesordnungspunkt 2:

Mitteilung der Landtagspräsidentin über den Rücktritt des Ministerpräsidenten - Unterrichtung - Drs. 19/7100 5189
Stephan Weil, Ministerpräsident 5190

Tagesordnungspunkt 3:

Wahl einer Ministerpräsidentin oder eines Ministerpräsidenten (Artikel 29 Abs. 1 NV)....5194
Olaf Lies (SPD) 5197

Tagesordnungspunkt 4:

Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Berufung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 2 NV) 5197
Olaf Lies, Ministerpräsident....5197

Tagesordnungspunkt 5:

Bestätigung der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 3 NV) 5198

Tagesordnungspunkt 6:

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 31 NV) 5198
Olaf Lies, Ministerpräsident 5199
Julia Willie Hamburg, Kultusministerin 5199
Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung 5199
Gerald Heere, Finanzminister 5199
Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz....5199
Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur....5200
Dr. Andreas Philippi, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung....5200
Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz....5200
Grant Hendrik Tonne, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen 5200
Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin....5200
Melanie Walter, Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung 5201

Tagesordnungspunkt 7:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten 5201
Olaf Lies, Ministerpräsident 5201

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nichtraucherschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5082 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7220 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7264 5216
Beschluss 5216

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6900 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7221 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7246 5216
Beschluss 5216

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/6962 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7222 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7255 5216
Beschluss 5216

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:
Verfassungsgerichtliches Verfahren StGH 3/24 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 19/7191 5217
Beschluss 5217

Vom Präsidium:

Präsidentin	Hanna Naber (SPD)
Vizepräsident	Marcus Bosse (SPD)
Vizepräsidentin	Sabine Tippelt (SPD)
Vizepräsident	Jens Nacke (CDU)
Vizepräsidentin	Barbara Otte-Kinast (CDU)
Vizepräsidentin	Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	René Kopka (SPD)
Schriftführerin	Corinna Lange (SPD)
Schriftführer	Guido Pott (SPD)
Schriftführerin	Annette Schütze (SPD)
Schriftführer	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
Schriftführerin	Lara Evers (CDU)
Schriftführer	Axel Miesner (CDU)
Schriftführer	Alexander Wille (CDU)
Schriftführerin	Evrim Camuz (GRÜNE)
Schriftführerin	Eva Viehoff (GRÜNE)
Schriftführerin	Delia Klages (AfD)
Schriftführer	Jürgen Pastewsky (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Olaf Lies (SPD)

Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung
Daniela Behrens (SPD)

Finanzminister
Gerald Heere (GRÜNE)

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Dr. Andreas Philippi (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur
Falko Mohrs (SPD)

Kultusministerin
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Grant Hendrik Tonne (SPD)

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Miriam Staudte (GRÜNE)

Justizministerin
Dr. Kathrin Wahlmann (SPD)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung
Melanie Walter (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Staatskanzlei

Staatssekretär Stephan Manke,
Ministerium für Inneres und Sport

Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette,
Finanzministerium

Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Schachtner,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Staatssekretär Marco Hartrich,
Kultusministerium

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Staatssekretärin Dr. Michael Marahrens,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Staatssekretär Dr. Thomas Smollich,
Justizministerium

Staatssekretärin Anka Dobslaw,
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 12:32 Uhr.

Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 64. Sitzung im 25. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:
Mitteilungen der Präsidentin

Ich bitte Sie, sich, soweit möglich, von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 17. April 2025 verstarb der ehemalige Abgeordnete Martin Wehner im Alter von 79 Jahren. Martin Wehner gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1978 bis 1982 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Jugend und Sport und im Ausschuss für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes.

Am 26. April verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Burkhard Ritz im Alter von 93 Jahren. Nachdem Dr. Burkhard Ritz zunächst von 1980 bis 1982 das Amt des Finanzministers innehatte, ohne dem Landtag anzugehören, war er von 1982 bis 1994 Mitglied des Landtages und gehörte der CDU-Fraktion an. Während der 10. Wahlperiode amtierte er weiter als Finanzminister, während der 11. Wahlperiode war er Landwirtschaftsminister. In der 12. Wahlperiode gehörte er dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen an. Dr. Burkhard Ritz wurde mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland und dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet.

Wir werden die Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihnen ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Die Reihen sind sehr gut gefüllt, und ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrags liegen Ihnen vor. Mit der Tagesordnung mit aktualisierten Redezeiten haben Sie Informationen über die von den Fraktionen umverteilten Redezeiten erhalten. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten feststellen? - Das ist der Fall.

Die heutige Sitzung soll demnach gegen 18:15 Uhr enden.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass in der Portikushalle ab Mittwoch, also ab morgen, wieder die Ausstellung „80 Jahre - Tage der Befreiung. Porträts von D-Day-Veteranen“ zu sehen ist, die von dem Gemeinschaftsprojekt Cameo Kollektiv e. V. sowie der Hannoversch-Britischen Gesellschaft e. V. in Kooperation mit dem Historischen Museum Hannover entstanden ist. Die Veranstalter freuen sich über Ihr Interesse.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Schriftführer Axel Miesner mit. Herr Miesner, bitte!

Schriftführer Axel Miesner:

Auch von meiner Seite einen schönen guten Tag! Entschuldigt haben sich: von der SPD-Fraktion Herr Beck ab der Mittagspause, von der CDU-Fraktion Herr Fühner für heute und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auch für heute, Herr Breer.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Miesner.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 2:
Mitteilung der Landtagspräsidentin über den Rücktritt des Ministerpräsidenten - Unterrichtung - Drs. 19/7100

Mit Schreiben vom 23. April 2025, das als Drucksache 19/7100 verteilt wurde, hat der Abgeordnete Stephan Weil seinen Rücktritt vom Amt des Niedersächsischen Ministerpräsidenten mit Ablauf des 19. Mai 2025 erklärt. Gemäß Artikel 33 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung gilt damit die Landesregierung als zurückgetreten. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zu diesem besonderen Anlass einige Worte.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Stephan Weil, Sie haben gegenüber dem Niedersächsischen Landtag erklärt, von Ihrem Amt als Ministerpräsident zurückzutreten. Damit endet Ihre Zeit an der Spitze der Landesregierung nach mehr als zwölf Jahren und drei Monaten oder, anders gesagt, nach insgesamt 4 473 Tagen. Ein besonderer Moment - für Sie und für uns alle.

Seit dem 19. Februar 2013 standen Sie an der Spitze der Landesregierung. In zweieinhalb aufeinanderfolgenden Amtszeiten haben Sie Niedersachsen durch besonders bewegte Jahre geführt - durch wirtschaftliche Umbrüche, Herausforderungen infolge von Flucht und Migration, Pandemie und, infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, eine tiefgreifende Energiekrise.

Ihr Einsatz in der Bildungs-, in der Industrie- und Energiepolitik wird ebenso mit Ihrem Namen verbunden bleiben wie die überparteilichen Bündnisse mit der Zivilgesellschaft, etwa im Rahmen der Initiativen „Niedersachsen packt an“ oder „Niedersachsen hält zusammen“.

Sie haben mit Ihrer norddeutschen Art auch in bewegten Zeiten Ruhe ausgestrahlt und sich für pragmatische Lösungen eingesetzt. Dabei war es Ihnen - vielleicht auch aufgrund Ihrer Erfahrungen als Oberbürgermeister von Hannover - wichtig, als Ministerpräsident nah bei den Menschen zu sein. Das erfrischende „Moin“ zu Beginn vieler Ihrer Reden war nicht zuletzt Ausdruck von Bodenständigkeit und einer den Menschen zugewandten Art.

Das ist bei vielen Niedersächsinnen und Niedersachsen offenbar gut angekommen, schließlich wurde Ihnen dreimal hintereinander das Vertrauen geschenkt, die Landesregierung zu führen. Dafür gebührt Ihnen, bei allem politischen Wettstreit unter den Parteien und Fraktionen, unser aller Respekt.

(Starker Beifall)

Nicht nur hier bei uns in Niedersachsen, sondern auch auf der bundespolitischen Ebene haben Sie sich einen Namen gemacht: als starke niedersächsische Stimme in der Ministerpräsidentenkonferenz und als wichtige Figur im Bundesrat. Und doch drängte es Sie nie in die Bundespolitik. Ganz offenbar war Ihnen Ihre Heimat, Niedersachsen, stets näher als Berlin - politisch wie persönlich.

Lieber Stephan Weil, als Ministerpräsident haben Sie auch die Arbeit dieses Hohen Hauses über viele Jahre mitgeprägt: mit manch klarem Wort, vor allem aber auch mit Respekt für die parlamentarische Demokratie. Sie haben früh betont, dass die Demokratie nicht selbstverständlich ist. In Ihrer allerersten Regierungserklärung warnten Sie vor einem „schleichenden Muskelschwund unserer Demokratie“. Dieser Satz war damals klarsichtig - und gilt heute mehr denn je.

Demokratie braucht Vertrauen, Beteiligung und Respekt sowie Politikerinnen und Politiker, die dafür stehen. In diesem Sinne haben Sie diesen Landtag und seine Rolle als Ort der Auseinandersetzung und des Ausgleichs stets geachtet. Ihre Reden waren in aller Regel sachlich und fair, manchmal mit einem Augenzwinkern, aber nie verletzend.

Und wenn Sie sich jetzt als Ministerpräsident zurückziehen, weil Sie, in Ihren Worten, den Zenit Ihrer Leistungsfähigkeit überschritten haben, dann mag man darin auch den Ausdruck eines bestimmten Verständnisses von Demokratie sehen - einer Demokratie, in der sich Politikerinnen und Politiker selbst nicht wichtiger nehmen als ihr Amt, sondern dieses mit Respekt und einem gewissen Maß an Demut ausüben, und die begreifen, dass in der Demokratie Macht immer nur auf Zeit verliehen wird.

Die *Zeit* hat Sie gefragt, ob Sie nach Ihrer Rücktrittsankündigung einen Candystorm erlebt hätten. Sie kannten den Begriff nicht, haben aber gesagt, die Menschen seien freundlich gewesen. Und: Das hätten Sie sich heimlich gewünscht. Ich finde, Sie haben es verdient!

(Beifall)

Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Stephan Weil, der Candystorm ist wohl noch nicht vorbei. Ich bin mir sicher, nach all den feierlichen Etappen der letzten Tage werden Sie heute noch die eine oder andere süße Zugabe erleben.

Der Niedersächsische Landtag dankt Ihnen mit allergrößtem Respekt für Ihren Dienst an unserem Land und für die Menschen in Niedersachsen. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Landtags Zeit für alles, was liegen blieb: fürs Lesen, fürs Großvatersein, für Spaziergänge mit Freunden und Familie durch die Eilenriede - und vielleicht für eine Fortsetzung von „Pappa ante Portas“, in eigener Regie.

(Heiterkeit)

Bleiben Sie uns verbunden! Und vor allem: Bleiben Sie gesund!

(Starker Beifall)

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte der scheidende Ministerpräsident einige Worte an uns richten. Ich erteile ihm dafür gerne das Wort.

(Beifall)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Moin! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie haben es gehört. Ich bin mit Ablauf des gestrigen Tages, 24 Uhr, von meinem Amt als

Niedersächsischer Ministerpräsident zurückgetreten. Jetzt stehe ich noch als geschäftsführender Regierungschef vor Ihnen, aber das auch nur noch wenige Minuten bis zur Wahl meines Nachfolgers mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung.

Zu den Gründen meines Rücktritts habe ich in den letzten Wochen ausführlich Rede und Antwort gestanden. Zusammenfassend kann ich vielleicht einfach sagen, dass ich in den vergangenen Monaten zunehmend Zweifel bekommen habe, ob ich auf Dauer den hohen Anforderungen, die mit diesem Amt zwangsläufig verbunden sind, gerecht werden kann. Und in einer solchen Situation entspricht es meinem Verständnis von Verantwortung, dann auch selbst die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt nicht nach gut zwölf Jahren der Regierungsarbeit mit meinem Beitrag eine umfassende Erfolgsbilanz der vergangenen Jahre ziehen. Da würden die Meinungen sowieso auseinandergehen, und die Schönheit liegt bekanntlich im Auge des Betrachters. Woran mir aber sehr wohl liegt, ist, mit Ihnen kurz auf einige Erfahrungen zurückzublicken, die ich in meiner Arbeit als Ministerpräsident gemacht habe und die vielleicht auch für die Zukunft relevant sind.

Da sind zunächst einmal - die Frau Präsidentin hat es angesprochen - die vielen Krisen, die wir seit 2015 erlebt haben, so viele wie seit den Jahren des Wiederaufbaus nicht mehr. Vielleicht - wenn es in dieser Hinsicht eine Rangfolge gibt - haben wir in diesen Jahren die meisten Krisen der niedersächsischen Geschichte gehabt; wie gesagt: mit Ausnahme des Wiederaufbaus. Die Liste ist nun wirklich lang: die großen Zuwanderungsbewegungen 2015/2016, vor allen Dingen aus Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, aber auch 2022 aus der Ukraine nach dem russischen Angriff auf dieses Land. Wir hatten diverse Hochwasserereignisse zu bewältigen, zuletzt zum Jahreswechsel 2023/2024. Ich nehme an, Sie alle erinnern sich an diese Wochen, die *wirklich* gefährlich gewesen sind und uns in Atem gehalten haben. Aber das ist nicht alles. Dieselgate, die Energiekrise und vieles andere mehr könnte ich jetzt aufzählen.

Was ich in diesen Krisen gelernt habe, und zwar immer wieder, ist, dass es eine große, spontane und alles andere als selbstverständliche Unterstützung aus unserer Gesellschaft, aus unserer Bevölkerung heraus gibt. Das ist mir wirklich zu Herzen gegangen. Das galt beispielsweise im Herbst 2015. Wir alle wissen, dass unser Staat nicht gut auf die Situation vorbereitet gewesen ist, als so viele Menschen Tag für Tag nach Deutschland gekommen sind. Aber sofort haben sich unzählige Menschen und Organisationen mitverantwortlich gefühlt und tatkräftig geholfen. Oder man denke an das Hochwasser 2023/2024, als wir im niedersächsischen Binnenland nahezu flächendeckend Hochwasser hatten - wochenlang! - und in dieser Zeit über 140 000 Menschen über die Festtage hinweg, über viele Wochen hinweg immer wieder im Kampf gegen die Fluten weitergemacht haben und damit wirklich Schlimmeres verhütet haben.

Worauf es mir ankommt, ist, dass dieser Gemeinsinn aber nicht nur in den Krisen zum Ausdruck kommt, sondern dass sich mehrere Millionen Menschen in Niedersachsen im Alltag für andere Menschen und für unsere Gesellschaft insgesamt engagieren - Tag für Tag! Und dieser Gemeinsinn, dieser Zusammenhalt ist unter dem Strich vielleicht der größte Schatz, den wir in Niedersachsen haben. Ich möchte mich jedenfalls nach so vielen Erfahrungen von dieser Stelle aus sehr, sehr herzlich genau bei all diesen Menschen persönlich bedanken, die mit ihrem Engagement exakt die Haltung demonstrieren, die wir in Niedersachsen auch in Zukunft brauchen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der AfD)

Daran knüpft eine zweite Erfahrung an. Bei Lichte betrachtet, gibt es kaum eine große Aufgabe, die der moderne Staat alleine bewältigen kann. Immer und überall brauchen wir Partnerinnen und Partner aus der Gesellschaft heraus, die uns im Vorfeld mit ihrem Rat helfen oder deren Unterstützung wir dringend für die Umsetzung unserer politischen Pläne benötigen. Ich habe in den letzten Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht, dass es solche Partnerinnen und Partner bei uns in Niedersachsen in großer Zahl gibt. Und das hat bei der Bewältigung vieler Aufgaben enorm geholfen.

Die Frau Präsidentin hat es gesagt: Ein Beispiel dafür ist „Niedersachsen packt an“, eine in Deutschland nach wie vor einzigartige Plattform für alle, die sich für Integration engagieren. In der letzten Woche fand eine, wie ich fand, beeindruckende Konferenz dieses Bündnisses statt, zu der sich auch neun Jahre nach der Gründung immer noch über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Niedersachsen angemeldet hatten, die alle für größere

Gruppen standen - wenn man so will: von den Spitzenorganisationen der niedersächsischen Wirtschaft bis zu den lokalen Flüchtlingsinitiativen.

Oder ich will an das „Wirtschaftsfrühstück“ erinnern - bei dem es übrigens niemals etwas zum Essen und zum Trinken gab, weil es vorwiegend digital stattgefunden hat -, das während der Pandemie alle relevanten Kräfte aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften alle zwei Wochen zusammengeholt hat und - vielleicht kann man auch sagen: - in dieser Phase zusammengeschweißt hat. Auch das hat es so in keinem anderen Land gegeben. Nach meinem Eindruck hat gerade dieser permanente Austausch miteinander in diesen Stresssituationen uns allen geholfen, eine wirklich schwere Zeit, vielleicht die schwerste Zeit, durchzustehen.

Ich will es mit diesen Beispielen bewenden lassen. Entscheidend ist für mich dabei Folgendes: Gerade auch in den Interessenvertretungen, die die großen gesellschaftlichen Gruppen in Niedersachsen bündeln - die gibt es ja querbeet -, gerade in diesen großen gesellschaftlichen Institutionen gibt es sehr, sehr viel guten Willen für die Zusammenarbeit mit der Politik und dem Land. Das ist doch auch nicht selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das habe ich immer erlebt, und das wünsche ich unserem Land und uns allen für die Zukunft sehr herzlich. Pflegen wir diese Kultur der Zusammenarbeit!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der AfD)

Stichwort „Zusammenarbeit“: Insofern nehme ich übrigens mit Blick auf die Verhältnisse in unserem Landtag - das mag Sie jetzt überraschen - eine echte Verbesserung wahr. Bei meinem Start im Jahre 2013 war ich beeindruckt von dem harten politischen „Nahkampf“, der hier im Landtag zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb geherrscht hat. Die einen oder anderen werden sich noch daran erinnern, dass ich in meiner allerersten Sitzung etwas verblüfft über das Betriebsklima gewesen bin, und auch manche nachfolgende Debatte war nichts für Ästheten - das kann man sagen.

Daran hat sich in einem entscheidenden Punkt manches geändert. Dafür mag die Erfahrung einer gemeinsamen Regierungsarbeit zwischen den ewigen Konkurrenten SPD und CDU von 2017 bis 2022 sehr nützlich gewesen sein. Das war nämlich eine gute Partnerschaft in sehr schwierigen Zeiten - das will ich gerne noch einmal hervorheben.

Es kommt aber etwas anderes und, wie ich finde, Wesentliches hinzu: Der Einzug der AfD in den Landtag erinnert alle anderen Fraktionen immer wieder daran, dass die Gegensätze zwischen ihnen viel geringer sind als der gemeinsame Gegensatz zu Ausländerfeindlichkeit und völkischer Überheblichkeit.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unsere Demokratie steht aktuell unübersehbar unter Druck. Ich war ein wenig überrascht, als mich die Frau Präsidentin eben aus dem Jahre 2013 zitiert hat. Ich weiß gar nicht, welche Vokabeln man dann heute finden sollte, wenn man es im Jahre 2013 so ausgedrückt hat. Jedenfalls ist aus meiner Sicht doch eines sonnenklar: Der Zusammenhalt der Demokratinnen und Demokraten in unserem Land ist unter diesen Bedingungen noch viel wichtiger als jemals zuvor.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Gemeinsamkeit konsequent weiterzupflegen, halte ich für dringend notwendig und wünsche ich unserem Land und diesem Landtag sehr.

Das alles sind gute Grundlagen für die Zukunft. Es werden sicher keine leichten Zeiten werden. Aber in Niedersachsen haben wir zwei entscheidende Voraussetzungen dafür, die anstehenden Herausforderungen zu meistern: Zusammenhalt und Zusammenarbeit. Wenn man die Kräfte bündelt, wenn man am selben Strang in dieselbe Richtung zieht, dann entwickelt man ungleich mehr Wirkung, als wenn man sich verzettelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das soll’s von mir schon gewesen sein. Die Wege unseres Landes in die Zukunft zu beschreiben, ist schon nicht mehr meine Aufgabe, das ist die Aufgabe meines Nachfolgers. Für mich geht heute ein ganz besonderes Kapitel meines Lebens zu Ende. Das waren aufregende, anstrengende, aber, wenn ich das so sagen darf, oft auch einfach sehr schöne Zeiten, die ich erlebt habe.

Irgendein freundlicher Mensch in der Staatskanzlei hat ermittelt, dass meine Fahrer mich in den vergangenen zwölf Jahren über 620 000 km kreuz und quer, rauf und runter durch Niedersachsen gefahren haben, und zwar unfallfrei. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall)

Tausende von Begegnungen in allen Regionen standen auf dem Plan, etwa 500 Kabinettssitzungen und unzählige Interviews und Statements.

Was ich wirklich sagen kann: Mir sind Niedersachsen und seine Menschen in dieser Zeit richtig ans Herz gewachsen. Ich habe es immer wieder als ein Privileg empfunden, mich für meine Heimat zu engagieren und Verantwortung tragen zu dürfen.

Das wäre ohne sehr viel Unterstützung und Begleitung nicht möglich gewesen. Stellvertretend für viele, viele andere möchte ich gerne den Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke, nennen, der mit mir 2013 angefangen hat und mit mir heute aufhört. Damit ist er übrigens in der Hitliste der Amtsdauer von Chefs der Staatskanzlei seit Gründung des Landes die Nummer zwei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Arbeit findet meistens im Verborgenen statt, ist aber die Voraussetzung für eine funktionierende Regierungsarbeit. Und deswegen, lieber Jörg, ein ganz herzliches Dankeschön für diese Riesenleistung!

(Beifall)

Danken möchte ich auch der Regierungssprecherin, Staatssekretärin Anke Pörksen. Sie hat ebenfalls mit zur Startformation im Jahr 2013 gehört und ist auch bis heute dabei - und sie will noch weiterarbeiten. Das ist in dieser Funktion ganz ungewöhnlich. Nach den historischen Forschungen, die in dieser Hinsicht angestellt worden sind - aber ohne Gewähr für die Richtigkeit -, ist sie offenbar die Rekordhalterin unter den Regierungssprecherinnen und -sprechern des Landes Niedersachsen seit seiner Gründung. Ich bedanke mich sehr herzlich für das ununterbrochen hohe Engagement in Verbindung mit einer wirklich beispielhaften Loyalität. Herzlichen Dank, Anke Pörksen!

(Beifall)

Besonders bedanken möchte ich mich auch für die Unterstützung hier im Parlament. Das gilt in besonderem Maße - das werden mir die anderen nachsehen - für die SPD-Fraktion. Sie war immer mein Fundament. Es hat schon eine gewisse Symbolik, dass ich spätestens nach der Mittagspause genau in die Mitte der Fraktion zurückkehren werde.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Bündnis 90/Die Grünen für die gemeinsamen Regierungszeiten und eine konstruktive Oppositionszeit dazwischen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Und ich bedanke mich bei der CDU-Fraktion, mit der mich eine wechselhafte Beziehung verbindet -

(Heiterkeit)

über den politischen „Nahkampf“, über den ich schon gesprochen habe, und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in einer Regierung unter sehr schwierigen Bedingungen bis hin zu einer konstruktiven Opposition - in aller Regel.

(Heiterkeit)

Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ein offenes Wort: Das Verhältnis zu der AfD-Fraktion ist ein anderes. Uns trennt wirklich sehr viel, und das wissen wir gegenseitig auch. Ich für meinen Teil lehne jede Form von völkischem Denken aus tiefer Überzeugung ab - und ich möchte daran auch keinen Zweifel aufkommen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Aber all das ist jetzt Geschichte. Heute, gleich nachher, beginnt ein neues Kapitel. Ich wünsche meinem Nachfolger von ganzem Herzen viel Erfolg und eine glückliche Hand. Manchmal braucht man nämlich schlichtweg auch ’ne Spur Glück - das ist meine Erfahrung. Es ist ein tolles Land, und es sind spannende Zeiten, die auf ihn warten. Alles, alles Gute, Olaf Lies!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es war mir eine große Freude und eine noch viel größere Ehre!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN sowie vereinzelt Beifall bei der AfD - Die Abgeordneten der SPD, der CDU und der GRÜNEN erheben sich)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, vielen Dank, Stephan Weil.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3:
Wahl einer Ministerpräsidentin oder eines Ministerpräsidenten (Artikel 29 Abs. 1 NV)

Wir kommen nun zu der Wahl einer neuen Ministerpräsidentin oder eines neuen Ministerpräsidenten.

(Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Fotografinnen und Fotografen sowie Kameraleute, sich in den hintersten Bereich des Plenarsaals zurückzuziehen. Alle anderen Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die geladenen Gäste, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

> „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt."

Erforderlich ist demnach eine absolute Mehrheit von 74 Ja-Stimmen.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 19. Mai 2025 den Abgeordneten Olaf Lies für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Dieser Wahlvorschlag liegt Ihnen als Drucksache 19/7257 vor.

Werden weitere Vorschläge gemacht? - Braucht jemand noch Bedenkzeit? - Herr Holsten?

(Heiterkeit)

Offensichtlich werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Dann geht es jetzt um die Entscheidung über diesen einen Wahlvorschlag.

Für die geheime Abstimmung werden Stimmzettel ausgegeben. Wer den Abgeordneten Olaf Lies zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt „Ja" an. Wer Olaf Lies nicht wählen will, kreuzt „Nein" an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt „Enthaltung" an.

Ich mache darauf aufmerksam, dass bei der Ermittlung der nach Artikel 29 der Niedersächsischen Verfassung erforderlichen Mehrheit Enthaltungen die gleiche Wirkung wie Nein-Stimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden gleich von Frau Camuz als Mitglied des Sitzungsvorstandes nach dem Alphabet aufgerufen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich, auf der von mir aus gesehen linken Seite des Raumes zu wählen. Die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der AfD sowie das fraktionslose Mitglied des Hauses bitte ich, auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Raumes zu wählen.

Sie erhalten jeweils auf der genannten Seite Ihren Stimmzettel. Ich bitte Frau Lange, die Stimmzettel an der Bank der Landtagsverwaltung auf meiner rechten Seite auszugeben, und Herrn Dr. von Danwitz, die Stimmzettel an der Bank der Staatskanzlei auf meiner linken Seite auszugeben. Bitte gehen Sie dann zu der auf der jeweiligen Seite aufgestellten Wahlkabine. Ich bitte Frau Klages, auf der von mir aus gesehen linken Seite und Herrn Kopka auf der von mir aus gesehen rechten Seite dafür zu sorgen, dass beim Zugang zur Wahlkabine ein angemessener Abstand gewahrt wird.

Nach dem Vermerken Ihres Votums in der Wahlkabine falten Sie bitte den Stimmzettel und gehen auf Ihrer Seite des Raumes hinter der Trennwand und dann über die seitlichen Rampen zu der Wahlurne, die auf dem Stenografentisch steht, sodass wir quasi zwei Einbahnstraßen benutzen. Am Stenografentisch werfen Sie den Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte Sie, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, sodass keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig.

Ich bitte Sie um Ruhe und darum, bis zum Aufruf Ihres Namens auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe Ihrer Stimme ohne unnötiges Umherflanieren wieder Platz zu nehmen.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Wahl.

Ich bitte das Präsidiumsmitglied Herrn Wille zur Wahlurne. Herr Wille, bitte überzeugen Sie sich davon, dass die Wahlurne leer ist!

(Alexander Wille [CDU]: Das ist der Fall!)

- Herr Wille sagt: Das ist der Fall. Die Wahlurne ist leer.

(Beifall)

Bevor wir mit dem Namensaufruf beginnen, möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Sitzungsvorstand und die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer ihre Stimmen im Anschluss an den Namensaufruf abgeben werden.

Für die Zeit, in der ich meine Stimme abgebe, bitte ich Herrn Vizepräsidenten Nacke, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit und Ruhe, damit jeder im Saal dem Namensaufruf folgen kann. Frau Camuz, bitte!

Schriftführerin Evrim Camuz:

Moin! Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich beginne jetzt damit, die Namen aufzurufen:

Matthias Arends
Brian Baatzsch
Volker Bajus
Jan Bauer
Anna Bauseneick
Jan-Philipp Beck
Sina Maria Beckmann
Vanessa Behrendt
Daniela Behrens
Nico Bloem
André Bock
Veronika Bode
Marcus Bosse
Stephan Bothe
Christoph Bratmann
Nicolas Breer - entschuldigt
Markus Brinkmann
Jens-Christoph Brockmann
Saskia Buschmann
Birgit Butter
Christian Calderone
Stephan Christ
Alfred Dannenberg
Djenabou Diallo-Hartmann
Jörn Domeier
Uwe Dorendorf
Oliver Ebken
Christoph Eilers
Karin Emken
Lara Evers
Christian Frölich
Christian Fühner - entschuldigt
Marten Gäde
Immacolata Glosemeyer
Constantin Grosch
Thore Güldner
Julia Willie Hamburg
Thordies Hanisch
Frank Henning
Carina Hermann
Reinhold Hilbers
Antonia Hillberg
Jörg Hillmer
Dr. Andreas Hoffmann
Eike Holsten
Laura Hopmann
Gerd Hujahn
Dennis Jahn
Katharina Jensen
Verena Kämmerling
Rüdiger Kauroff
Britta Kellermann
Dr. Ingo Kerzel
Stefan Klein
Heike Koehler
Marie Kollenrott
Holger Kühnlenz
Anne Kura
Deniz Kurku
Kirsikka Lansmann
Lena-Sophie Laue
Sebastian Lechner
Pascal Leddin
Dr. Silke Lesemann
Dr. Dörte Liebetruth
Olaf Lies
Peer Lilienthal
Karin Logemann
Oliver Lottke
Michael Lühmann
Cindy Lutz
Martina Machulla
Karola Margraf
Stefan Marzischewski-Drewes
Pascal Mennen
Björn Meyer
Dr.in Tanja Meyer
Philipp Meyn
Dr. Marco Mohrmann
Hartmut Moorkamp
Thorsten Paul Moriße
Jens Nacke
Omid Najafi
Lena Nzume
Wiebke Osigus

Barbara Otte-Kinast
Jürgen Pastewsky
Sebastian Penno
Christoph Plett
Jonas Pohlmann
Stefan Politze
Guido Pott
Ulf Prange
Andrea Prell
Jan Henner Putzier
Jozef Rakicky
Sophie Ramdor
Philipp Raulfs
Melanie Reinecke
Tamina Reinecke
Lukas Reinken
Julia Retzlaff
Harm Rykena
Alexander Saade
Heiko Sachtleben
Marcel Scharrelmann
Oliver Schatta
Swantje Schendel
Jörn Schepelmann
Ansgar Georg Schledde
Dr. Frank Schmädeke
Julius Schneider
Pippa Schneider
Jan Schröder
Doris Schröder-Köpf
Christian Schroeder
Jessica Schülke
Detlev Schulz-Hendel
Uwe Schünemann
Claudia Schüßler
Annette Schütze
Claus Seebeck
Wiard Siebels
Ulf Thiele
Colette Thiemann
Björn Thümler
Sabine Tippelt
Dirk Toepffer
Grant Hendrik Tonne
Thomas Uhlen
Eva Viehoff
Ulrich Watermann
Stephan Weil
Nadja Weippert
Klaus Wichmann
Christoph Willeke
Tim Julian Wook
Sebastian Zinke

Präsidentin Hanna Naber:

Ich werde nun die im Einsatz befindlichen Präsidiumsmitglieder zu ihrer Stimmabgabe aufrufen:

Evrim Camuz
Axel Miesner
Corinna Lange
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz
Delia Klages
René Kopka
Alexander Wille

(Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

Schriftführerin Evrim Camuz:

Hanna Naber!

(Präsidentin Hanna Naber gibt ihre Stimme ab und übernimmt wieder den Vorsitz)

Präsidentin Hanna Naber:

Befindet sich ein Mitglied des Landtages im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde bzw. noch nicht gewählt hat?

(Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Wahl.

Ich bitte Frau Camuz, Herrn Miesner, Frau Lange, Herrn Dr. von Danwitz, Frau Klages, Herrn Kopka und Herrn Wille als beim Wahlvorgang beteiligte Mitglieder des Präsidiums darum, die Stimmen auszuzählen, und alle übrigen Mitglieder des Landtages, auf ihren Plätzen zu bleiben und sich einen Moment zu gedulden. Das Ergebnis der Auszählung wird gleich vorliegen. Ich unterbreche bis dahin die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:29 Uhr bis 13:39 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: 144 abgegebene Stimmzettel, davon eine ungültige Stimme und 143 gültige Stimmen.

Wie bereits erwähnt, wird die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl von 146 Mitgliedern des Landtages beträgt 74.

Es wurden 80 Stimmen für Olaf Lies abgegeben.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Die Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN erheben sich - Olaf Lies [SPD] nimmt Glückwünsche aus allen Fraktionen entgegen)

Ich stelle der Vollständigkeit halber fest, dass damit Olaf Lies zum Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt wurde.

Herr Lies, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Olaf Lies (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für das Vertrauen. Ich nehme die Wahl gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen hier im Landtag. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich gratuliere Ihnen, Herr Lies, und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Glück und Erfolg.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 4:
Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Berufung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 2 NV)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie bereit sind, dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Ja.

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön, Herr Ministerpräsident!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! - Ich muss mich noch an die Anrede gewöhnen. Wenn Sie das sagen, gucke ich noch Stephan Weil an. Aber ich denke, das wird sich ändern.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat - wofür ich mich noch einmal ganz herzlich bedanken möchte -, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Frau Julia Willie Hamburg als Kultusministerin - sie bestimme ich gleichzeitig zu meiner Stellvertreterin -,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Daniela Behrens als Innenministerin,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herrn Gerald Heere als Finanzminister,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herrn Christian Meyer als Umweltminister,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herrn Falko Mohrs als Wissenschaftsminister,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herrn Dr. Andreas Philippi als Sozialminister,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Miriam Staudte als Landwirtschaftsministerin,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herrn Grant Hendrik Tonne als Wirtschaftsminister,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Dr. Kathrin Wahlmann als Justizministerin

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und Frau Melanie Walter als Europa- und Regionalministerin.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Dann kommen wir zu:

Tagesordnungspunkt 5:
Bestätigung der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 3 NV)

Der Herr Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen: Nach Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Erforderlich ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wer die Landesregierung in der Besetzung, die der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, bestätigen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Landesregierung wurde mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bestätigt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung ganz herzlich.

Es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung zu Beginn der Nachmittagssitzung zu vereidigen. Zuvor werden die Ministerinnen und Minister durch Aushändigung der Ernennungsurkunden ernannt. Das wird während der Pause geschehen, zu der ich die Sitzung gleich unterbreche.

Wir setzen die Sitzung um 16:30 Uhr mit der Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten fort.

Ich bitte nun alle Anwesenden zu einem Empfang in die Portikushalle. Sie sind herzlich willkommen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:54 Uhr bis 16:34 Uhr)

Präsidentin Hanna Naber:

Meine Damen und Herren! Bevor wir mit Punkt 6 in der Tagesordnung fortfahren, noch drei Informationen:

Erstens. Wir haben eine zusätzliche Entschuldigung hereinbekommen. Entschuldigt ist der Abgeordnete Schatta von der CDU-Fraktion.

Zweite Information: Die Runde der Parlamentarischen Geschäftsführerin und der Parlamentarischen Geschäftsführer hat sich darauf verständigt, dass der Tagesordnungspunkt 21 auf den Juni-Plenarabschnitt verschoben wird.

Dritte Information: Es ist verschiedentlich der Wunsch an mich herangetragen worden, das Wahlergebnis zu präzisieren. Das tue ich hiermit: Es wurden 144 Stimmen abgegeben. Eine war ungültig. Also: 143 gültige Stimmen, davon 80 Ja-Stimmen, 63 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

Wir fahren fort mit:

Tagesordnungspunkt 6:
Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 31 NV)

Ich bitte die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sich während des Vorgangs ausschließlich in den seitlichen Bereichen des Plenarsaals, fernab der Logen, aufzuhalten.

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben die Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Das Bekenntnis und die Eidesformel lauten wie folgt:

„Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.“

Der Eid kann mit oder ohne die Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister, nach vorne zu kommen und sich von mir aus gesehen links des Rednerpults und vor der Bank der Landesregierung aufzustellen.

Von dort aus werde ich Sie einzeln zu mir bitten - ich werde links neben dem Rednerpult stehen -, um nacheinander die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen. Danach stellen Sie sich bitte wieder zu

Ihren Kabinettskolleginnen und -kollegen. Alle Anwesenden bitte ich, sich, soweit möglich, von den Plätzen zu erheben.

Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, die Bekenntnis- und die Eidesformel abzulegen.

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg, auch Sie bitte ich um die Eides- und Bekenntnisformel.

Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Kultusministerin.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich bitte die Ministerin, für Inneres, Sport und Digitalisierung, Daniela Behrens, zu mir. Liebe Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister!

Gerald Heere, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich bitte den Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz zu mir. Herr Meyer!

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich bitte den Minister für Wissenschaft und Kultur zu mir. Falko Mohrs!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Jetzt bitte ich zu mir den Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Andreas Philippi. Herr Philippi, bitte!

Dr. Andreas Philippi, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Auch die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bitte ich um ihr Bekenntnis und die Eidesformel. Frau Staudte, bitte!

Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Grant Hendrik Tonne, bitte!

Grant Hendrik Tonne, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Frau Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann, bitte!

Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit

gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Und die Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung, Melanie Walter! Ich bitte auch Sie um Ihr Bekenntnis und die Eidesformel.

Melanie Walter, Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich danke Ihnen und freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Landesregierung nun verfassungsgemäß gebildet ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort mit:

Tagesordnungspunkt 7:
Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Ich bitte unseren Ministerpräsidenten Olaf Lies, seine Regierungserklärung abzugeben. Herr Ministerpräsident, bitte!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste, die heute noch hier im Landtag sind! Liebe Bürgerinnen und Bürger unseres schönen Heimatlandes Niedersachsen!

Zuerst möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen des Niedersächsischen Landtages für das mir entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich bedanken. Es ist mir eine große Ehre, dieses Amt auszuüben - ausüben zu dürfen - und allen Niedersächsinnen und Niedersachsen zu dienen. Ich trete dieses Amt mit der notwendigen Demut an. Ich bin mir der Verantwortung und der Verpflichtung, die damit einhergeht, sehr bewusst.

Ich danke den regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen ausdrücklich für ihr Vertrauen und freue mich auf die Zusammenarbeit. Aber auch mit Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen in der CDU, glaube ich, werden wir viele Diskussionen und viele Themen zur Stärkung der Demokratie gemeinsam angehen können. Denn im Ziel der Stärkung unserer Demokratie sind wir uns einig. Das ist das Verbindende, trotz aller Differenzen in der Sache.

Ich bin seit mehr als 17 Jahren leidenschaftlicher Parlamentarier. Der Landtag ist das Herz unserer Demokratie in Niedersachsen. Und Sie wissen, ich freue mich darauf, hier weiter für unser Bundesland engagiert in der Sache zu streiten und zugleich respektvoll und wertschätzend miteinander umzugehen.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Vorgänger, Stephan Weil, der mir nicht nur zu einem wichtigen Weggefährten, sondern auch zu einem echten Freund geworden ist. Lieber Stephan, was Du für dieses Land getan hast, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Vielen Dank dafür.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stephan Weil hat dieses Land als Kapitän erfolgreich durch schwierige Zeiten und krisenhafte Momente gesteuert. Ich möchte an dieser Stelle nur an die Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015/2016, an die Corona-Pandemie oder auch an die durch den russischen Angriffskrieg verursachte Energiekrise erinnern.

Lieber Stephan, du hast stets umsichtig, mit Klugheit und Augenmaß unser Land geführt. Die Menschen in Niedersachsen haben dir sehr viel zu verdanken.

Meine Vorstellung von Niedersachsen ist das Bild eines selbstbewussten Landes. Niedersachsen ist ein weltoffenes Land, ein Land, das sich seiner Wurzeln bewusst ist. Hieraus ziehen wir unsere Kraft und die Stärke, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Unser Niedersachsen ist ein Land, in dem viele Menschen sehr gerne leben. Das ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Zusammenhalt ist bedroht, und unsere Demokratie ist in Gefahr. Es gibt Menschen, die ihr feindlich gegenüberstehen, die Hass und Ausgrenzung predigen, die unsere Gesellschaft spalten wollen. Das dürfen wir nicht zulassen. Hier ist die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gefordert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen achtsam sein, uns einmischen, Schwächeren zur Seite stehen. Wir müssen beieinanderbleiben und unsere Demokratie stärken. Gute und verlässliche Politik bietet die beste Gewähr zur Sicherung unserer Demokratie.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag trägt den Titel „Sicher in Zeiten des Wandels“. Dieser Titel ist aktueller denn je. Wir leben in unruhigen Zeiten, lieb gewonnene Gewissheiten gelten oft nicht mehr.

Ich bin viel unterwegs im Land und komme mit Bürgerinnen und Bürgern, vielen Unternehmen, Beschäftigten, Betriebsräten und auch zahlreichen Ehrenamtlichen in unserem Land ins Gespräch. Und dabei höre ich ganz häufig, dass Menschen sich unsicher fühlen. Sie fragen sich: Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Kann ich mir die Wohnung für meine Familie in der Nähe meines Arbeitsplatzes morgen noch leisten? Ist auch morgen noch ein Arzt oder ein Krankenhaus für mich gut erreichbar? Werden meine Enkel in einer Welt leben, die mit den Auswirkungen des Klimawandels zurechtkommt? Kann mein Unternehmen unter den aktuellen Energiepreisen und der überbordenden Bürokratie noch weiterbestehen? Wie können wir die Demokratie und den Rechtsstaat schützen? Sie fragen: Sorgt Politik dafür, dass es uns auch morgen noch gut geht?

Wir, die wir politische Verantwortung tragen, haben die Aufgabe, Lösungen für die Probleme der Menschen zu entwickeln. Das geht oft nur schrittweise. Es gilt, unterschiedliche Ansätze zu prüfen, einander zuzuhören und abzuwägen. Oft müssen Kompromisse geschlossen werden, mitunter sind mutige Entscheidungen notwendig. Dazu bin ich bereit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben schon oft bewiesen, dass gute und breit getragene Kompromisse länger halten. Das ist, im wahrsten Sinne des Wortes, unser niedersächsischer Weg.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es wahrlich mit multiplen Krisen auf verschiedenen Ebenen zu tun. Nach wie vor tobt ein Angriffskrieg in unserer unmittelbaren Nähe. Donald Trump und die gesamte US-Regierung sind unberechenbar, und Amerika scheint manchmal kein verlässlicher Partner mehr zu sein. Die wachsende Konkurrenz aus China stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen: Deutsche Exporte nach China gehen zurück, während die Konkurrenz auf den Weltmärkten weiter zunimmt.

Unsere Wirtschaft trifft das mitten in einem historischen Transformationsprozess. Der menschengemachte Klimawandel sorgt schon heute hier und in vielen Teilen der Welt für großes Leid. Er erfordert konsequentes Handeln auf allen Ebenen.

(Zuruf von der AfD)

Das ist - das sage ich gerade in Ihre Richtung - kein entferntes Szenario, sondern zeigt schon heute sehr konkrete Auswirkungen auch bei uns in Niedersachsen, wie wir beispielsweise aktuell angesichts der großen Trockenheit feststellen müssen. Die Niedersächsische Landesregierung wird daher nicht nachlassen in ihrem Einsatz für mehr Klimaschutz. Und ich habe die gleiche Erwartung auch an die Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland Deutschlands. Niedersachsen liegt mitten in Europa. Unser Land ist stark und krisenresilient. Das sehen wir auch an den jüngsten erfreulichen Konjunkturzahlen. Im vierten Quartal 2024 wuchs die Wirtschaftsleistung in Niedersachsen um 1,4 %. Die Konjunkturzahlen für das erste Quartal 2025 zeichnen ein ganz ähnliches Bild. Damit waren wir bundesweit Spitzenreiter.

Aber wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dies nicht nur eine Momentaufnahme ist. Die niedersächsische Wirtschaft muss weiter wachsen, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ und auch im Einklang mit unseren Klimazielen. Niedersachsen hat Küste, Wind und Sonne, Platz und etablierte Industriezentren. Damit haben wir Alleinstellungsmerkmale in Deutschland, und wir werden diese Vorteile nutzen und gute Zukunftsperspektiven für unser Land entwickeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unsere Landeshauptstadt Hannover ist eine der weltweit bedeutendsten Messestandorte mit Leitmessen wie der Hannover-Messe Industrie. Erst letzte Woche hat uns die freudige Nachricht erreicht, dass es unserer Kultusministerin gemeinsam mit ihrem Team gelungen ist, Europas wichtigste Bildungsmesse didacta nach Hannover zurückzuholen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gute Bildung für alle hat für uns in Niedersachsen Priorität. Wir werden uns weiter für Bildung engagieren, und wir werden investieren. Wir investieren in eine verlässliche Kinderbetreuung, stärken die Erwachsenenbildung sowie die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und sorgen für gute Lehre und Forschung an unseren Hochschulen. Das alles zahlt auf die Zukunft unseres Bundeslandes ein und bietet die beste Gewähr für Wohlstand, gute Arbeitsplätze, sozialen Frieden und genau für das, was wir wollen: die Stabilität unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen ist keine Insel, und wir haben als Niedersachsen eine besondere Rolle. Wir haben viele Nachbarbundesländer und haben ähnlich viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Österreich. Wir sind ein Land mitten in Europa und tragen Verantwortung - auch für Deutschland und auch darüber hinaus. Als Landesregierung haben wir den Anspruch, auch Europa mitzugestalten. In Brüssel werden maßgebliche Entscheidungen für unser Zusammenleben getroffen und für unsere Wirtschaft, insbesondere für Schlüsselbranchen wie Automobil, Stahl und Energie. Etwa 70 % aller EU-Rechtsakte wirken sich unmittelbar auf unsere Städte und Regionen aus. Rund zwei Drittel der niedersächsischen Exporte gehen in die europäischen Mitgliedstaaten. Nicht nur in Hannover spielt die Musik, sondern auch in Brüssel.

Und die Musik spielt auch in Berlin. Wenn wir praktikable Gesetze wollen, wenn Aufgaben auch kommunal finanzierbar sein sollen, wenn wir unsere Prozesse wirklich deutlich beschleunigen und unsere Infrastruktur rasch verbessern wollen, dann müssen wir auch in Berlin darauf hinwirken, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Und wir können das selbstbewusst tun. Wir haben in Niedersachsen bei der Errichtung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven bewiesen, was „neue Deutschlandgeschwindigkeit“ am Ende bedeuten muss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als Ministerpräsident möchte ich, dass unsere niedersächsischen Interessen bei wichtigen Weichenstellungen und bei Investitionsentscheidungen in Brüssel und in Berlin bestmöglich vertreten werden. Deshalb habe ich mich entschieden, die Europapolitik unseres Landes und unsere Repräsentanz in Berlin zur Chefsache in der Staatskanzlei zu machen. Die EU ist mehr als ein Binnenmarkt. Europa ist unsere Friedensordnung, unser Wertefundament, unsere Zukunftsgemeinschaft. Gerade für ein weltoffenes und exportstarkes Land wie Niedersachsen sind europäische Integration und stabile Partnerschaften unverzichtbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Erfolg der rot-grünen Landesregierung von 2013, dass die regionale Entwicklung wieder ein Schwerpunkt der Landespolitik ist. Einige unserer niedersächsischen Regionen sind wirklich Wachstumslokomotiven. Sie können auch angrenzenden Regionen Schwung geben. „Stärken stärken“ wird daher auch in der Europa- und Regionalpolitik maßgeblich für uns sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle gilt zunächst mein Dank der bisherigen Ministerin Wiebke Osigus für ihr Engagement und die in den vergangenen zweieinhalb Jahren geleistete Arbeit. Liebe Wiebke, vielen Dank und Respekt vor deiner Entscheidung!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Uns ist klar, dass wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen werden. Zusammen mit Melanie Walter als Ministerin für Europa und Regionale Entwicklung in der Staatskanzlei, mit Staatssekretärin Veronika Dicke als Bevollmächtigte der Landesregierung beim Bund und mit vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden wir uns in Zukunft aus der Staatskanzlei heraus in Brüssel und in Berlin für eine weitere Stärkung unserer Regionen einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders stark und erfolgreich sind wir schon jetzt im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir machen die Standortvorteile unseres Landes zum Erfolgsfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Industrie soll der Energie folgen. Unsere Stromversorgung wird bereits heute überwiegend aus Windkraft, aus Photovoltaik und auch aus Biomasse gedeckt.

Umweltminister Christian Meyer hat erreicht, dass wir bei der Genehmigung neuer Anlagen schon heute Deutschlandmeister sind - mit 105 Tagen zwischen dem vollständigen Einreichen der Unterlagen und der abschließenden Entscheidung. Ich finde, das ist ein großer Erfolg. Vielen Dank, lieber Christian!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit der Akzeptanzabgabe und der zügigen Ausweisung von Windenergieflächen stärken wir die Beteiligung und Wertschöpfung durch die erneuerbaren Energien für die Menschen vor Ort. Niedersachsen ist *das* Land der erneuerbaren Energien und wird es bleiben. Und ich erwarte, dass der Bund jetzt die in Niedersachsen gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen erarbeiteten Vorschläge zur Senkung der Strompreise umsetzt und schnell die Stromsteuer und die Netzentgelte senkt, damit die Menschen und die Unternehmen die Energiewende auch sehr schnell in ihrem Geldbeutel spüren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gerade in den letzten Jahren haben wir auch mithilfe der Task-Force Energiewende große Fortschritte erzielt und Genehmigungen beschleunigt - für Solaranlagen, Wasserstoff, Gebäudesanierung und Wärmepumpen. Das ist übrigens nicht nur gut für unser Klima, sondern auch ein Konjunkturprogramm für Mittelstand und Handwerk, gerade auch im ländlichen Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unsere einmalige Lage an der Nordsee macht Niedersachsen zu *dem* Drehkreuz für die Energie der Zukunft. Windstrom von On- und Offshore-Anlagen, Gas und zukünftig Wasserstoff fließen durch unser Land.

In Cuxhaven wird in dem Deutschen Offshore-Industrie-Zentrum der so wichtige Offshore-Terminal ausgebaut; wir haben oft über die Liegeplätze gesprochen. In Stade entsteht das erste feste Flüssiggasterminal: zunächst für LNG und dann für Wasserstoff. Auch in Wilhelmshaven gehen die Planungen für ein solches festes Terminal mit großen Schritten voran. Aktuell sind dort schon zwei schwimmende Terminals in Betrieb. Ich glaube, wir können zu Recht sagen: Niedersachsen übernimmt damit Verantwortung für ganz Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind auch erfolgreich damit. 50 % der in Deutschland geplanten EU-Großprojekte zur Produktion von grünem Wasserstoff werden in Niedersachsen realisiert. 1 800 km des Wasserstoffkernnetzes befinden sich in Niedersachsen. Allein für die IPCEI-Projekte sind rund 2,8 Milliarden Euro Fördergelder - davon rund 840 Millionen Euro aus Landesmitteln - vorgesehen. Das ist übrigens ein Projekt, das wir schon in der letzten Legislatur mit SPD und CDU gestartet haben und jetzt gemeinsam weiter vorantreiben werden. Das sind Investitionen für wirtschaftliche Erfolge von morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wo grüne Energie erzeugt wird, siedeln wir mit einem vereinfachten Verfahren gezielt zukunftsweisende Industrien an und schaffen damit auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Unser Ziel ist und bleibt die Klimaneutralität bis 2040. Der Weg dahin ist mitunter steinig - das wissen wir -, aber er ist richtig, und er ist unumkehrbar. Die Transformation hin zur Klimaneutralität ist, wenn wir es richtig machen, eine enorme Chance für Niedersachsen. Wir werden genau diese Chance ergreifen, mit großem Elan weitergehen und haben hier im Land, glaube ich, eine Vorbildfunktion, die wir auch weiter ausbauen können.

Konkret bedeutet das:

Aufbauend auf der Hafen- und Logistikinfrastruktur und den hohen Potenzialen für On- und Offshore-Windenergie wird im Norden Niedersachsens in Küstennähe ein „Net-Zero Valley“ eingerichtet. Das „Net-Zero Valley“ soll ein Leuchtturmprojekt für klimaneutrale Industrieproduktion werden. In den nächsten Wochen wird der Antrag in Brüssel übergeben - ein wichtiger Meilenstein für Niedersachsens klimaneutrale industrielle Zukunft.

Durch das von uns mitfinanzierte Großprojekt „AquaDuctus“, eine Wasserstoff-Offshore-Pipeline, werden große Wasserstoffmengen in Niedersachsen angelandet, perspektivisch bis zu mehr als die Hälfte des bundesweit benötigten grünen Wasserstoffs.

Die digitale und ökologische Transformation bietet sehr gute Chancen für Industrie, für Mittelstand und fürs Handwerk. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen, war schon bislang unter Stephan Weil stets Chefsache, und das wird sie auch zukünftig sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der entscheidende Player aber wird in Zukunft Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne sein. Deshalb herzlichen Dank, lieber Grant, für deine Bereitschaft und die Verantwortung, die du damit übernimmst. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die niedersächsische Wirtschaft hat sich trotz der aktuell multiplen Herausforderungen bereits heute in wichtigen Zukunftsmärkten erfolgreich positioniert: Im industriellen Bereich bieten Energiespeicher und Wasserstoff, Automatisierung, Robotik, KI, Medizintechnik, Biotechnologie und Smart Farming enorme Chancen.

Volkswagen wird sich - da bin ich wirklich zuversichtlich - als weltweit führender Elektrofahrzeughersteller etablieren, und auch im Bereich autonomes Fahren wird Volkswagen eine führende Rolle einnehmen.

Es gibt in unserem Land trotz der aktuellen Krise sehr erfolgreiche kleine und mittelständische Unternehmen und Start-ups, etwa in den Bereichen Agrifood, Climate Tech, Defense Tech, und nicht zuletzt mit Cardior ein niedersächsisches Unicorn, bei dem wir verdammt stolz sein können, dass das hier gelungen ist. Vielen Dank an all diejenigen, die daran mitgewirkt haben!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch unser Arbeitsmarkt steht im Ländervergleich immer noch gut da. Im April waren über 3,1 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Arbeitslosenquote lag im April in Niedersachsen bei 6,1 % und damit noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 6,3 %. Beruhigen kann uns diese Zahl aber natürlich nicht.

Wir werden deshalb auch weiterhin in Berlin und Brüssel auf gute Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale und dennoch wettbewerbsfähige Automobil-, Chemie-, Glas-, Papier und Stahlindustrie sowie für eine insgesamt wettbewerbsfähige Wirtschaft hinwirken, die wir in unserem Land weiterhin dringend brauchen.

Bei Volkswagen, Salzgitter und nun auch bei der Meyer-Werft hat sich das Engagement des Landes bewährt. Wir stehen eng an der Seite unserer Industrie. Wir begleiten die Transformation und sichern so gute Arbeitsplätze in Niedersachsen. Allein durch die Beteiligung an der Meyer-Werft konnten wir über 20 000 direkte und indirekte Arbeitsplätze erhalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch zukünftig werden wir uns aktiv um Standorte kümmern, die von Arbeitsplatzabbau oder -sorge betroffen sind. Das gilt übrigens für Industrie, für Mittelstand und Handwerk gleichermaßen.

Wir kennen die Herausforderungen der Wirtschaft und helfen den Unternehmen bei der Fachkräftesicherung.

Das heißt ganz konkret:

Ein direkter Übergang von Beschäftigten aus schrumpfenden Bereichen in Branchen mit hohem Personalbedarf bietet auch Chancen. Wir unterstützen die Einrichtung von regionalen Arbeitsmarktdrehscheiben, die es Arbeitgebern verschiedener Branchen und Größen ermöglicht, ihre Beschäftigten gezielt dahin zu vermitteln, wo sie gebraucht werden. Vorbild ist die Arbeitsmarktdrehscheibe in der Region Gifhorn. Continental hat im Hinblick auf die absehbare Werksschließung in Gifhorn mit Stiebel Eltron, Siemens Mobility und Rheinmetall Kooperationsvereinbarungen getroffen, um Continental-Mitarbeitenden eine konkrete Beschäftigungsperspektive in der Region zu bieten. Die Fachkräfte

in der Region sind der Standortvorteil, den wir noch besser vermarkten müssen.

Zukünftig wird in allen Schulen eine noch bessere, gezielte Berufsorientierung angeboten. Kultusministerin Julia Willie Hamburg hat erst in der letzten Woche einen entsprechenden Erlass vorgestellt, um allen Beteiligten die Gelegenheit zu geben, sich mit den Vorschlägen zur Berufsorientierung einzubringen.

Auch die zentrale Ausländerbehörde für die Fachkräfteeinwanderung, die demnächst an den Start gehen wird, wird ihren Beitrag leisten, um Menschen, die zu uns kommen und gekommen sind, schneller in Arbeit zu bringen und damit den Fachkräftebedarf noch besser zu decken. Start Guides und Welcome Center werden dieses Angebot weiterhin ergänzen. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen war und ist ein Einwanderungsland.

Für uns ist Migration auch Teil der Realität. Wir brauchen Einwanderung, auch um unseren Wohlstand zu sichern. Aber wir wissen auch, dass unsere Kommunen im Moment die Hauptlast zum Gelingen der Integration tragen. Diese Verantwortung schultern sie mit großem Engagement, und wir stehen fest an ihrer Seite. Damit die Integration gelingt, braucht es klare Regeln mit einer gut austarierten Balance zwischen Humanität und Ordnung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wer hierher kommt und bleiben darf, der soll auch schnell ankommen können: auf dem Arbeitsmarkt, in Kitas, in Schulen, in Nachbarschaften. Denn Migration ist weit mehr als nur eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Sie ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und trägt zu ihrer Vielfalt bei. Menschen, die zu uns kommen, bringen Erfahrungen, Perspektiven und Potenziale mit, die unser Zusammenleben vielfältiger, kreativer und zukunftsfähiger machen.

(Beifall von Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE])

Damit machen wir aus Zuwanderung gesellschaftlichen Zusammenhalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Stephan Bothe [AfD] lacht)

Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die andere Seite der Medaille ist: Wer nicht bleiben darf, der muss zügig seine Entscheidung bekommen und das Land dann auch wieder verlassen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, über unsere ambitionierte Energiepolitik hatte ich bereits gesprochen.

(Zurufe von der CDU und von der AfD - Glocke der Präsidentin - Zuruf von der CDU: Das war alles dazu?)

Aber Gleiches gilt schon lange für den Agrarsektor. Wir versorgen Deutschland. Niedersachsen ist Agrarland Nummer eins. Der Bereich der Landwirtschaft, der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit seiner vor- und nachgelagerten Wirtschaft ist unser zweitgrößter Wirtschaftsfaktor.

Land- und Forstwirtschaft sind wie keine andere Branche schon jetzt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Die wichtige Arbeit unserer Landwirtinnen und Landwirte verdient daher nicht nur eine gesellschaftliche Anerkennung, sondern klare und verlässliche Rahmenbedingungen und eine Unterstützung bei der herausfordernden Transformation. Landwirtschaft und Naturschutz sind für uns keine Gegensätze, sondern werden im „Niedersächsischen Weg“ in gemeinsamer Verantwortung gelebt. Dafür steht in Niedersachsen Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte. Miriam, vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Dialog mit den Landwirtschaftsverbänden im „Niedersächsischen Weg“ wird intensiv fortgesetzt, um auch ambitionierte Ziele wie den Ausbau des Ökolandbaus voranzutreiben. Wir setzen uns für Junglandwirtinnen und Junglandwirte insbesondere bei Existenzgründungen durch einen besseren Zugang zu Flächen ein.

Das bedeutet ganz konkret:

Wir schaffen die gesetzliche Basis für einen fairen Bodenmarkt.

Wir unterstützen die Land- und Ernährungswirtschaft bei der schrittweisen Dekarbonisierung entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette.

Die Rahmenbedingungen für Tierhaltungsbetriebe haben sich verändert. Wir unterstützen Landwirtinnen und Landwirte beim tierwohlgerechten Umbau

und auch diejenigen, die Tierbestände abbauen wollen, um sich weitere ökonomische Standbeine aufzubauen. Wir unterstützen sie bei der Erschließung neuer Einkommensquellen wie zum Beispiel bei der Verarbeitung oder Verbreitung der Direktvermarktung.

Auf Bundesebene setzen wir uns sowohl für eine verlässliche Finanzierung von Tierwohl als auch für die Umsetzung der anderen Vorschläge der Zukunftskommission Landwirtschaft ein.

Wir honorieren die Umweltleistungen von Landwirtinnen und Landwirten und werden bei der EU dafür sorgen, dass das Regelwerk zum Erweiterten Erschwernisausgleich zügig notifiziert und dieser damit zeitnah ausgezahlt werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh über die jüngste Entscheidung der EU-Kommission und des Europäischen Parlamentes zur FFH-Richtlinie bei der Tierart Wolf, die Niedersachsen übrigens maßgeblich vorangetrieben hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden die neuen Möglichkeiten für ein regional differenziertes Bestandsmanagement des Wolfes konsequent umsetzen. Darauf werden wir uns schon jetzt gemeinsam mit Landwirtinnen und Landwirten, der Jägerschaft, den Kommunen und den Naturschutzverbänden vorbereiten, denn es muss unser aller Ziel sein, den Weidetierhaltern die notwendige Sicherheit zu geben. In den letzten Jahren haben wir - da ging es, glaube ich, allen so - viele Gespräche mit Weidetierhaltern geführt, auch in meiner unmittelbaren Nachbarschaft und in meiner Heimat Friesland. Die Sicherheit vor Wolfsangriffen ist ein großes Thema, und diese Landesregierung wird die entsprechende Lösung dafür auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich eingangs bereits auf den Titel unseres Koalitionsvertrages „Sicher in Zeiten des Wandels" bezogen. Die Themen innere Sicherheit und Rechtsstaat sind für die Stabilität unserer Demokratie elementar. In Niedersachsen leben wir sehr sicher. Auf unsere Sicherheitsbehörden ist Verlass. Das beweisen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz jeden Tag. Unsere Polizistinnen und Polizisten sowie unsere Justiz leisten täglich hervorragende Arbeit. Ein großes Dankeschön dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen ist eines der sichersten Bundesländer, und unsere Justiz arbeitet trotz hoher Fallzahlen sehr effektiv und immer stärker digitalisiert. In diesen beiden Ministerien garantieren Innenministerin Daniela Behrens und Justizministerin Kathrin Wahlmann auch zukünftig einen hohen Standard. Die beiden haben in den letzten Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wir Niedersachsen sicher machen. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unsere Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz müssen aber mit neuen Formen der Kriminalität Schritt halten können. Notwendig sind eine solide Ausstattung und genügend Personal.

(Zuruf von der AfD: Tja!)

Moderne Verbrechen erfordern aber auch moderne Befugnisse für unsere Sicherheitskräfte. Opferschutz steht für mich an oberster Stelle.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was heißt das konkret?

(Jens Nacke [CDU]: Das würde ich auch gerne wissen! - Gegenruf: Hey! - Zuruf von der AfD: Das wollen wir jetzt alles wissen! - Weitere Zurufe von der SPD, der CDU und der AfD)

- Sie müssen nur zuhören, dann würde ich Ihnen das sagen.

(Jens Nacke [CDU]: Bisher war noch nichts Konkretes dabei! - Gegenruf von der SPD)

- Genau.

(Wiard Siebels [SPD]: Ich wusste nicht, dass ihr noch da seid! - Zurufe von der CDU und der AfD)

Ich habe das bewusst davor gesagt, damit die Aufmerksamkeit bei Ihnen wieder etwas höher wird.

Wir werden dem Landtag noch in diesem Jahr eine Novellierung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes vorschlagen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Das wissen wir doch schon! Das erzählen Sie doch schon monatelang! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Jetzt bleibt doch mal locker! - Unruhe - Glocke der Präsidentin!)

Ziele sind verbesserte Instrumente zur Verbrechensbekämpfung und mehr Rechtssicherheit und Einsatzklarheit für unsere Polizei. Nach spanischem Vorbild wollen wir die Möglichkeit zur Anordnung elektronischer Fußfesseln für Gewalttäter einführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden die Einsatzregeln für Bodycams - auch im Lichte der tödlichen Schüsse in Oldenburg - überdenken.

Für eine starke Justiz steht auch ein moderner Justizvollzug. Dafür sorgen wir in Niedersachsen etwa mit der Neukonzeptionierung des offenen Vollzugs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich über die Stabilität unserer Demokratie spreche, dann braucht es auch verlässliche Strukturen für unsere zivilgesellschaftliche Arbeit. Deshalb investieren wir auch in politische Bildung, in Prävention und in eine lebendige demokratische Kultur. Gerade Gedenkstätten sind Orte der Erinnerung, aber zugleich auch Wegmarken für die Zukunft.

Daher stärken wir in dieser Legislaturperiode diese wertvolle Arbeit ebenso wie die Demokratiebildung in den Schulen. Noch im laufenden Jahr werden wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Opfer von Hass und Hetze im Netz deutlich ausbauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch eine bunte und lebendige Kulturlandschaft mit Theatern, Museen und all den weiteren großen und kleinen Orten der Begegnung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem reichen Kulturleben gehören auch unsere vielfältigen Volksfeste sowie die kulturellen und sportlichen Großveranstaltungen. Sie müssen für Bürgerinnen und Bürger sicher sein, und sie müssen für die Veranstalter finanzierbar bleiben. Auch hier brauchen wir ein neues Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen wie etwa beim Schutz vor Anschlägen im öffentlichen Raum.

Wir erleben in diesen Wochen auch, dass auf Europa eine neue sicherheitspolitische Verantwortung zukommt. Niedersachsen leistet dazu einen maßgeblichen Beitrag. Wir sind der größte Bundeswehrstandort, und wir stellen erneut den Bundesverteidigungsminister. Kein Land baut so viel im Auftrag der Bundeswehr wie Niedersachsen. Dadurch werden wir unserer sicherheitspolitischen Verantwortung auch im Baubereich gerecht. Auch dies ist ein Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes, und es ist nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Ankurbelung unserer Bauwirtschaft.

Die niedersächsische Verteidigungsindustrie verfügt über umfassende Kompetenzen: digital, zu Land, zu Wasser und in der Luft. Rheinmetall hat schon jetzt starke Standorte. Das Unternehmen will seine Produktion in Niedersachsen weiter ausbauen und findet die nötigen Fachkräfte im Fahrzeugbau. Mit Airbus beheimaten wir das führende deutsche Luftfahrtunternehmen. TKMS und unsere Werften bieten ideale Standorte für den Marineschiffbau.

Auch in der Sicherheits- und Verteidigungsforschung hat Niedersachsen eine starke Rolle. Diese wird der Wissenschaftsminister sowohl an den Hochschulen als auch außeruniversitär weiter stärken.

Durch diese starke Rüstungsindustrie und ihre Zulieferer sowie als Drehschreibe für militärische Mobilität sind wir in besonderem Maße gefordert. Unsere Wirtschaft, unsere Forschungslandschaft und unsere Infrastruktur stehen vor enormen Aufgaben. Wir bringen die maßgeblichen Partner zusammen und ergreifen die mit dieser an sich so beunruhigenden Entwicklung für unser Land trotzdem bestehenden Chancen.

Bereits im letzten Jahr habe ich den „Dialog Niedersächsische Verteidigungsindustrie" ins Leben gerufen. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Industriepolitik. Aber Sicherheitspolitik umfasst natürlich mehr. Es geht dabei auch um Krisenresilienz und Sicherheit.

Die schon vielfältigen Gefahren durch Cyberangriffe, Sabotageakte und asymmetrische Kriegsführung sind doch uns allen bewusst. Auch wenn wir alle hoffen, dass es niemals wieder auf deutschem Boden zum Äußersten kommt, müssen wir uns in unserem Land auf diese Gefahren vorbereiten, denn es gibt Staaten, die massiv unsere Infrastruktur, aber auch unsere Demokratie als Ganzes attackieren.

Das bedeutet konkret:

Wir werden einen neuen „Sicherheitspolitischen Dialog Niedersachsen“ etablieren. Dieser wird breit aufgestellt sein. Neben Bundeswehr und Landesverwaltung sollen zu diesem Dialog auch Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Kammern, Kommunen, die Bundesagentur für Arbeit sowie Katastrophenschutz und andere Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben hinzukommen.

Die Staatskanzlei und alle Ministerien werden sich noch intensiver als bislang den Herausforderungen eines effektiven Zivilschutzes stellen und sich auf alle Eventualitäten vorbereiten. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, das auch in ihrem Bereich selbst zu tun.

Zusammen mit der Bundeswehr und den Katastrophenschutzbehörden von Bund und Land werden wir die Bürgerinnen und Bürger deutlich ermutigen, auch ihrerseits Vorsorge zu treffen. Wir werden alles gemeinsam dafür tun, dieses Land sicher zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für das, was wir alles vorhaben und zu tun ist, braucht es ein solides und verlässliches finanzielles Fundament. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen bedanken, die sich bei der Abstimmung im Bundestag über das aus meiner Sicht zwingend notwendige Milliardenpaket für Infrastruktur sehr verantwortungsbewusst und staatstragend verhalten hat. Das verdient unseren größten Respekt. Danke dafür.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

- Ich freue mich über die zumindest teilweise Zustimmung.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Staat hat jetzt die finanziellen Voraussetzungen dafür, unser Land voranzubringen und das Leben der Menschen besser zu machen. Das ist gut so. Gerade jetzt brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Das neue Sondervermögen gibt dem Bund, uns Ländern und den Kommunen die Möglichkeit, unsere über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahrene Infrastruktur zu modernisieren. Viele Brücken, Straßen und Eisenbahnlinien müssen dringend saniert werden, ebenso Schulgebäude und Sporthallen.

Nicht nur ich, sondern viele von uns hier im Raum haben ein sehr großes Interesse daran, dass diese Bundesregierung gute und erfolgreiche Arbeit leistet. Eine stabile Bundesregierung ist auch das Fundament für eine starke Demokratie, die dem Populismus Einhalt gebietet. Und wir brauchen dafür auch eine breite, vom Bund und den Ländern gemeinsam getragene parteiübergreifende Verantwortung.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hier in Niedersachsen werden auch zukünftig sorgsam mit unseren Finanzen umgehen. Auch der nächste niedersächsische Haushalt wird nachhaltig und krisenfest aufgestellt - darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Erst mal die Rücklage einsetzen! - Gegenrufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Gerald Heere ist ein sehr verantwortungsbewusster Finanzminister, der weiß, dass Niedersachsen haushalten muss, um gezielt und nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Lieber Gerald, vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben jetzt die Möglichkeiten, Niedersachsen investiv wieder auf Vordermann zu bringen. Wir steigen schon heute in die Planungen ein, damit bereits morgen gebaut werden kann.

Konkret werden wir mit dem Haushalt 2026 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 eine milliardenschwere Investitionsoffensive starten. Wir werden zusammen mit den Kommunen in Schienen, Brücken und den Erhalt von Straßen investieren, in Kitas, Schulen und Hochschulen, in Krankenhäuser und in Klimaschutz bzw. Klimaanpassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geld allein baut keine Brücken und saniert auch keine Schulen. Wir werden die Strukturen und die rechtlichen Möglichkeiten dafür schaffen müssen, dass alle Vorhaben schnell realisiert werden können und rasch spürbare Verbesserungen für die Menschen in Niedersachsen bringen.

Dazu zählt auch die Gründung einer Niedersächsischen Anstalt für Immobilienaufgaben als zentrale Landesliegenschaftsgesellschaft. Die Vorbereitungen hierfür laufen im Finanzministerium seit Beginn der Legislaturperiode. Der Startschuss fällt noch

dieses Jahr. Ich finde das ein starkes Signal. Vielen Dank dafür, lieber Gerald!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als langjähriger und leidenschaftlicher Kommunalpolitiker weiß ich: Starke Städte und Gemeinden und Landkreise sind das Fundament unseres Landes. Dort, wo Menschen ihren Alltag gestalten, muss Politik funktionieren und muss Politik Vertrauen schaffen. Wir stehen dabei fest an der Seite unserer Kommunen.

Das bedeutet konkret:

Wir bieten den Kommunen eine umfassende Verantwortungspartnerschaft an. Es geht darum, dass die Kommunen schnell und eigenverantwortlich ins Handeln kommen können und weder Bund noch Land unnötige Hürden dabei aufbauen. Wir nehmen den Bund bei seiner angekündigten Veranlassungskonnexität beim Wort.

Wir wissen um die finanziell schwierige Lage der Kommunen. In einem ersten Schritt stellen wir den Kommunen die bereits vereinbarten 600 Millionen Euro über das neue Niedersächsische Kommunalinvestitionsförderungsgesetz einfach, schnell und unbürokratisch zur Verfügung.

Noch vor dem Beschluss über den Haushalt 2026 werde ich zu einem Fortsetzungstreffen zum Pakt für Kommunalinvestitionen einladen. Wir werden besprechen, wie wir die neuen Optionen aus den Grundgesetzänderungen schnell in Niedersachsen - und zwar gemeinsam - umsetzen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in etwas mehr als einem Jahr ist die nächste Kommunalwahl. Das ist übrigens Grund genug, auch gerade den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitikern Danke zu sagen. Sie leisten einen großen Einsatz, und zwar sehr direkt vor Ort. Unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind Teil der großen Gemeinschaft der Ehrenamtlichen, die mit ihrer Arbeit für die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sorgen. Ich will nur einige Bereiche nennen: unsere Feuerwehr, die weiteren Blaulichtorganisationen, die zahlreichen im sozialen Bereich engagierten Vereine und Verbände und unsere Sport- und Kulturvereine.

Wir sind stolz auf die vielen Ehrenamtlichen im Land, die einen Riesenbeitrag dazu leisten, dass unsere Gesellschaft zusammenhält.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wie eng die Bande zwischen Land und Kommunen bei vielen Themen geknüpft sind. Das gilt auch oder gerade für das Thema Daseinsvorsorge. Zentraler Teil der Daseinsvorsorge sind unsere niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Krankenhäuser. Die Gesundheitsversorgung steht unter Druck, nicht nur, aber insbesondere im ländlichen Raum. Für mich ist dabei wichtig: Jede und jeder muss im Notfall schnell und kompetent versorgt werden können. Das ist ein Hauptanliegen im Hinblick auf die Neuordnung der Krankenhauslandschaft.

Allein im letzten Jahr wurden über 500 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen bewilligt, und auch in diesem Jahr werden wir voraussichtlich mit einer ähnlichen Summe unterstützen können. Wir werden die Krankenhäuser so aufstellen, dass wir flächendeckend ein qualitativ hochwertiges Angebot garantieren - zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch das geht nur mit hoher Kompetenz. Das Niedersächsische Krankenhausgesetz ist bundesweit vorbildlich; Gesundheits- und Sozialminister Andreas Philippi vertritt die niedersächsischen Interessen bei der Krankenhausreform sehr erfolgreich. Lieber Andreas, deine fachliche Kompetenz und dein persönlicher Einsatz helfen ungemein, die schwierigen Diskussionen und Entscheidungen vor Ort in eine gute Richtung zu lenken. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Bereich der Gesundheitsversorgung stehen weitere konkrete Schritte an. Wir werden die Bundesregierung freundlich, aber bestimmt auffordern, zügig die weiteren Schritte zur Umsetzung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes zu gehen. Wir stärken die Hausarztversorgung weiter mit gezielten Anreizen, um Regionalen Gesundheits- und Versorgungszentren Perspektiven zu geben.

In der Zuständigkeit von Andreas Philippi liegt aber auch das Thema Gleichstellung. Auch hier wollen wir zeitnah tätig werden. Wir schlagen dem Parlament eine Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes mit dem Ziel vor, die noch immer bestehende strukturelle Benachteiligung von Frauen weiter zu reduzieren und zugleich den Bürokratieaufwand so gering wie möglich zu halten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Einen entsprechenden Gesetzentwurf wird die Landesregierung zeitnah ins Parlament einbringen. Ich sage dazu auch: Wer Gleichstellung als Ballast empfindet, der ignoriert nicht nur die Hälfte unserer Bevölkerung, sondern wird sich auch angesichts des Fachkräftemangels selbst ein Bein stellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein wichtiges Standbein unserer demokratischen Gesellschaft ist die soziale Infrastruktur in unserem Bundesland. Erst gestern hat die Landesregierung eine Kinderschutzstrategie vorgelegt. Noch in diesem Jahr wird ein Kinderschutzgesetz folgen, das Anfang 2026 in Kraft treten soll. Auch da herzlichen Dank an den Gesundheits- und Sozialminister Andreas Philippi!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Neben den bereits beschriebenen Herausforderungen für die Wirtschaft wird sich mein Nachfolger, Grant Hendrik Tonne, in besonderem Maße auch dem öffentlichen Personennahverkehr widmen. Klimafreundliche Mobilität im ÖPNV ist ein unverzichtbarer Baustein moderner Verkehrspolitik. Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe.

In diesem Sinne arbeiten wir unter anderem mit den folgenden konkreten Maßnahmen weiter daran, bestehende Mobilitätslücken gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen zu schließen:

Die von uns geförderten Landesbuslinien waren ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg. Wir wollen jetzt einen Schritt weiter gehen und den NiedersachsenBus einführen und ein Bus-Schiene-Grundnetz aufbauen. Auch Mittelzentren ohne Schienenpersonennahverkehrsanschluss sollen so gut an Oberzentren und an bereits bestehende Bahnhöfe angebunden werden. Für diese sinnvolle Ergänzung zum SPNV übernehmen wir als Land die volle organisatorische und finanzielle Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von der Bundesregierung erwarte ich allerdings, dass die Mittel für den ÖPNV spürbar angehoben werden für ein insgesamt verlässliches Mobilitätsangebot in ganz Deutschland, aber natürlich auch in Niedersachsen.

Zum Wintersemester 2024/2025 ist es uns bereits gelungen, dass Studierende mit dem Semesterticket am Deutschland-Ticket partizipieren. Wir prüfen jetzt die Ausweitung auf weitere Gruppen, und zwar insbesondere das Azubi- und Freiwilligendienstleistenden-Ticket. Das wäre ein guter Schritt, weil es auch den Blick darauf richtet, dass viele bei uns, die in Ausbildung sind, genauso in den Nutzen kommen, ein günstiges Deutschland-Ticket nutzen zu können.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist übrigens auch ein großer Erfolg der Koalitionsverhandlungen, dass das Deutschland-Ticket bestehen bleibt. Das will ich angesichts der wirklich unnötigen Debatten, die vorher stattgefunden haben, sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Sicher in Zeiten des Wandels“ bedeutet aber auch, dass wir innovative Lösungen entwickeln müssen, die für die Zukunft tragen. Ohne diese Innovationen können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand nicht halten. Unsere Hochschulen sind Innovationsmotoren und Talentschmieden für Niedersachsen.

Erst vor einigen Tagen hat unser Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs, Erfolge des gemeinsam mit der Volkswagen-Stiftung aufgelegten Programms „zukunft.niedersachsen“ vorgestellt. Gut 1 Milliarde Euro sind seit der Neuausrichtung der Wissenschaftsförderung in die niedersächsische Wissenschaftslandschaft investiert worden.

Lieber Falko, dein persönlicher Einsatz für die niedersächsischen Hochschulen - nicht zuletzt für die aktuelle Exzellenzinitiative - ist vorbildlich. Wir wünschen unseren Universitäten am Donnerstag viel Erfolg. Und dir großen Dank für die Arbeit!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hochschule, Daseinsvorsorge und medizinische Versorgung passen gut zusammen. Der Ausbau der Medizinstudienplätze in Oldenburg geht voran. Mit diesem Haushalt haben wir endlich die Voraussetzung geschaffen, damit wir auf 200 Studienanfänger pro Jahr aufstocken und die notwendigen Baumaßnahmen finanzieren können. Das ist ein gutes Zeichen, gerade auch für die Hausarztversorgung im ländlichen Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was steht in diesem Bereich konkret an?

Die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes noch in diesem Jahr hat das Ziel, Bürokratie abzubauen und die Agilität sowie strategische Handlungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken. Für die Studierenden machen wir unsere Hochschulen noch attraktiver: Wir bauen Teilzeit-, Fern- und berufsbegleitende Studienmöglichkeiten aus. Wir erleichtern die Vereinbarkeit von Studium und Familie.

Und: Studieren muss bezahlbar bleiben. Wir fördern weiter auch das studentische Wohnen über die soziale Wohnraumförderung. Gerade die soziale Wohnraumförderung ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer gerechten Sozialpolitik.

Die zwei größten Baumaßnahmen des Landes wurden in den letzten zweieinhalb Jahren deutlich beschleunigt. Die Neubauten von MHH und UMG werden wir weiter und schneller vorantreiben.

Auch auf der Bundesebene stellt der Koalitionsvertrag wichtige finanzielle Weichen, zum Beispiel für den Bereich der künstlichen Intelligenz, Quantencomputer oder Energiethemen. Hiervon wird die Wissenschaft in Niedersachsen profitieren. Deshalb ist es auch bedeutsam, dass Falko Mohrs seit Freitag der neue Vorsitzende der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern ist. Lieber Falko, viel Erfolg bei deiner Arbeit!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, denken wir Bildung stets ganzheitlich: von frühkindlicher Bildung bis zur Erwachsenenbildung im Sinne des lebenslangen Lernens. Gute Bildung ist eine elementare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für gerechte Chancen, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Wohl unserer Kinder und Enkelkinder liegt unserer Kultusministerin und stellvertretenden Ministerpräsidentin Julia Willie Hamburg und auch mir sehr am Herzen.

Im Bereich der Kitas und Schulen wollen wir weiter vorankommen. Verlässlichkeit in der Betreuung sowie eine qualitativ gute Bildung stehen bei uns ganz oben auf der Agenda.

Und es gibt auch Erfolge: Es ist uns gelungen, die Ausbildungszahlen im Bereich der Kinderbetreuung auf einen neuen Rekordwert zu steigern: 19 800 junge Menschen befinden sich derzeit in Ausbildung - so viele wie nie zuvor! Das ist ein großer Erfolg. Liebe Julia, vielen Dank für die Arbeit, die du dafür geleistet hast!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wird jedoch angesichts des erheblichen Fachkräftebedarfs nicht ausreichen. Wir werden daher weiter an einer verlässlichen Kindertagesbetreuung arbeiten. Unser zentrales Ziel ist es, mehr Menschen für diese wichtige Arbeit zu gewinnen. Ich habe daher die Kultusministerin gebeten, zu prüfen, ob wir nicht neben den etablierten Ausbildungswegen zur Erzieherin bzw. zum Erzieher auch eine dualisierte Ausbildung unter Beibehaltung guter Standards in Niedersachsen einführen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden für weitere Erleichterungen für die Einrichtungen sorgen und Sprach-Kitas weiter finanzieren. Wenn wir mit den Kommunen insgesamt über eine finanzielle Entlastung sprechen, dann wird natürlich auch die Kita-Finanzierung zu einem etwaigen Gesamtpaket gehören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Grundschule wächst ab dem 1. August 2026 Jahrgang für Jahrgang der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auf. Landesseitig stellen wir die Finanzierung für ein Ganztagsangebot an fünf Tagen in der Woche sicher. Bis zum Schuljahr 2029/2030 nehmen wir hierfür als Land aufwachsend über eine Viertelmilliarde Euro jährlich in die Hand.

(Sebastian Lechner [CDU]: Aber es wäre gut, wenn der Erlass käme!)

Es gibt auch weitere konkrete Vorhaben:

Wir arbeiten an einer weiteren Stabilisierung der Unterrichtsversorgung an allen Schulformen. Durch eine Vielzahl an Maßnahmen - insbesondere die

Schaffung von 2 460 zusätzlichen Lehrkräftestellen sowie die Einführung der A-13-Besoldung für die Lehrämter für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte - ist es in den vergangenen Jahren gelungen, deutlich mehr Lehrkräfte zu gewinnen und einzustellen.

Wir wollen auch zukünftig möglichst allen Lehramtsabsolventen ein Einstellungsangebot machen. Das ist notwendig, um dem weiter hohen Lehrkräftebedarf zu begegnen und verlässlichen Unterricht mit gutem Lernen zu ermöglichen. Zudem stärken wir multiprofessionelle Teams und bauen diese sukzessive weiter aus.

Aber es ist nicht nur eine Frage der Lehrerinnen- und Lehrerausstattung. Für gute und moderne Schulen ist Digitalisierung eine zentrale Voraussetzung. Wir werden den Digitalpakt 2.0 zügig umsetzen und dafür sorgen, dass alle an Schulen Beschäftigte und insbesondere auch die Schülerinnen und Schüler im Sinne der Ziele unseres Koalitionsvertrages gute digitale Arbeits- und Lernbedingungen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Schülerinnen und Schüler nach und nach mit Tablets ausstatten.

(Zurufe von der CDU: Ah! - Lachen bei der CDU - Reinhold Hilbers [CDU]: Das wollten Sie schon seit immer!)

- Ich glaube, das ist eine sehr ernsthafte Angelegenheit, die ich wenig humorvoll finde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das wollte schon mal jemand!)

- Ich weiß nicht, ob das schon mal jemand wollte. Aber ich glaube, es gab mal einen Finanzminister, der das *nicht* wollte. Aber das hilft uns auch nicht weiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulrich Watermann [SPD]: Der hat doch Erinnerungslücken! - Jens Nacke [CDU]: Einfach mal machen!)

- Das ist das Ziel, lieber Herr Nacke, genau das.

Wir wollen Schülerinnen und Schüler nach und nach mit Tablets ausstatten. Wir streben an,

(Sebastian Lechner [CDU]: „Wir wollen“! „Wir streben an“!)

dass die ersten Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 möglichst bereits zum Schuljahr 2026/2027 mit neuen Tablets arbeiten können. Wir werden anschließend weitere Jahrgänge mit Tablets ausstatten. Auch hier werden wir uns aufs Engste mit den Kommunen abstimmen, wenn es um die logistische und technische Umsetzung geht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist klar: Neben der digitalen Ausstattung ist die weitere Stärkung der Medienkompetenz für unsere Schülerinnen und Schüler mindestens ebenso wichtig. Auch da müssen wir nachlegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Lernformen im 21. Jahrhundert sprechen, dann kommen wir am Thema Digitalisierung einfach nicht vorbei. Aber bei der Digitalisierung geht es um mehr. Hier habe ich den ambitionierten Vorsatz, dass Niedersachsen zu der Spitzengruppe unter den Bundesländern aufschließt.

Warum ist das Thema Digitalisierung so wichtig? Ein digitales Niedersachsen erleichtert den Alltag der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen spürbar. Die Verwaltung muss für die Menschen da sein. Eine digitale Verwaltung ist ein wesentliches Element eines handlungs- und funktionsfähigen Staates und leistet einen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels.

Weite Teile der Digitalisierungsaktivitäten des Landes werden zukünftig zentral im Innenministerium gebündelt. Es geht mir darum, dass wir zukünftig die Digitalisierung unserer Verwaltungsabläufe schnell und gezielt vorantreiben.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das haben Sie in den letzten Jahren auch nicht geschafft!)

Konkret heißt das:

Alle Dienstleistungen, Anträge und Verfahren, bei denen die Bürgerinnen und Bürger auf den Staat nicht nur als Genehmigungsstelle, sondern vielmehr

eben auch als Dienstleister angewiesen sind, müssen absehbar digital möglich sein. Wir müssen wegkommen von dem Ansatz, alles selbst und alleine lösen zu wollen. Wir werden auf mehr länderübergreifende IT-Kooperationen, insbesondere im norddeutschen Raum, setzen.

Der Landesrechnungshof hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass es nicht sinnvoll ist, vier kommunale Dienstleister und zwei im Land tätige IT-Dienstleister zu haben. Diese Einschätzung teile ich. Ich möchte deshalb einen Kommunal-Digital-Pakt auf den Weg bringen. Land und Kommunen sollten die digitale Transformation gemeinsam gestalten. Dazu lade ich die Kommunen sehr gerne ein. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Thema gemeinsam für unser Land voranbringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist völlig klar: Die digitale Transformation ist kein Selbstzweck. Sie soll vielmehr das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen und der Unternehmen erleichtern. Und genau deshalb müssen wir auf allen Ebenen schneller werden.

Eine umfassende Digitalisierung erfordert aber auch eine Veränderung im Mindset aller: von Ministerinnen und Ministern über kommunale Amtsträger bis hin zur Sachbearbeitung in Kommunal- und Landesbehörden.

Im Bereich der Digitalisierung werden wir konsequent den Weg einer Neuaufstellung beschreiten. „Digital first" wird sich als neuer Ansatz durch alle Politikbereiche ziehen.

Ich begrüße es im Übrigen, dass auch der Bund die Digitalisierung erheblich aufgewertet hat.

Über das Thema Digitalisierung hinaus bestimmt aber weiterhin „Einfacher, schneller, günstiger“ die Richtung, in die wir gehen. Wir wollen und werden hier unser Handeln weiter beschleunigen und intensivieren. Das heißt insbesondere: „Weniger ist mehr“ muss zur prägenden Haltung im Verwaltungshandeln werden.

Die Bewältigung der zahlreichen vor uns liegenden Aufgaben wird uns nur dann zeitnah gelingen, wenn Verwaltungsabläufe einfacher und damit schneller und letztendlich auch günstiger werden. Diese Erwartung haben Bürgerinnen und Bürger an uns, aber auch die Wirtschaftsunternehmen und die Kommunen.

Indem wir staatliches Handeln beschleunigen, zeigen wir, dass der Staat handlungsfähig und handlungswillig ist. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo es notwendig ist. Wir wollen einen präzisen Staat.

Das heißt ganz konkret:

In ihrer Jahresauftaktklausur hat die Landesregierung Praxischecks und Experimentierklauseln sowie die Erarbeitung eines Standardöffnungsgesetzes sowie eines Kommunalfördergesetzes beschlossen.

Auf der Kabinettsklausur Ende Juni werden wir hierzu einen Zwischenstand ziehen und weitere Maßnahmen beschließen.

Wir werden die wesentlichen Handlungsstränge in der Staatskanzlei bündeln und die Veränderungen in den Ressorts eng begleiten.

Ich werde ein Dokumentationsmoratorium prüfen, wie wir bestehende Dokumentationspflichten für Unternehmen zumindest pilothaft streichen können.

Wir werden prüfen, wie der bestehende Digitalcheck vor allem für die Gesetzgebung verbessert werden kann.

Darüber hinaus werden wir - unterstützt durch die Clearingstelle - den Dialog mit den Stakeholdern fortsetzen und intensivieren, um weitere Entbürokratisierungspotenziale zu identifizieren und einfacher, schneller und günstiger zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen. Das sollte damit deutlich werden. Aber wir begegnen diesen Herausforderungen mit Tatkraft und, ich finde, auch mit einer durchaus berechtigten Zuversicht.

Die großen Aufgaben erfordern ein wertschätzendes und respektvolles Miteinander. Unsere Hand ist ausgestreckt - auch in Richtung des demokratischen Teils der Opposition hier im Landtag.

(Thorsten Paul Moriße [AfD]: Danke!)

Gemeinsam mit allen demokratischen Abgeordneten hier im Haus, mit den Kommunen, der Zivilgesellschaft, den Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden möchten wir in den nächsten Jahren hart arbeiten für ein sicheres, ein starkes und ein solidarisches Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Prägend für unser Regierungshandeln war und ist unser „Niedersächsischer Weg“ - ein echtes Erfolgsmodell: dialogorientiert und handlungsfähig, übrigens auch bei unterschiedlichen Interessen.

Wir werden unsere Gesellschaft zusammenhalten. Denjenigen, die andere Lebensformen wählen oder andere religiöse oder kulturelle Prägung haben, wollen wir aufgeschlossen begegnen, und die aus der Ferne zu uns Kommenden wollen wir bestmöglich integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Gedenkveranstaltung in Bergen-Belsen, an der ich vor gut drei Wochen teilgenommen habe, ist mir noch einmal schmerzlich bewusst geworden, wohin uns Polarisierung, Spaltung und Hass schon einmal geführt haben. „Nie wieder“ ist mir eine große Verpflichtung. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein, wenn sie von Extremen bedroht wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir müssen und wir wollen unsere Demokratie hier in Niedersachsen lebendig halten. Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Streit in der Sache und von guten Argumenten.

Hannover hat sich auf dem Kirchentag Anfang Mai so gezeigt, wie unser Land ist und wie ich es mir auch in der Zukunft wünsche: weltoffen - - -

(Lachen bei und Zurufe von der AfD - Ulf Thiele [CDU] - zur AfD -: Ihr wart doch gar nicht da! - Gegenruf von Stephan Bothe [AfD]: Das wissen Sie doch gar nicht! - Wiard Siebels [SPD]: Dass Sie sich nicht schämen!)

Ich bin - ich will es offen sagen - stolz darauf, dass Hannover Ausrichter des Kirchentags war. Ich bin beeindruckt, was die Kirchen und die vielen Ehrenamtlichen hier auf die Beine gestellt haben. Ein großes Dankeschön dafür!

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Hannover hat sich auf dem Kirchentag Anfang Mai so gezeigt, wie unser Land ist und wie wir es uns auch für die Zukunft wünschen: weltoffen, traditionsbewusst, modern und selbstbewusst, solidarisch, lebens- und liebenswert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass mich der Niedersächsische Landtag heute Mittag gewählt hat. Ich sehe das als Auftrag und zugleich auch als Verpflichtung, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften für dieses Land und für die hier lebenden Menschen als ihr Ministerpräsident gute Politik zu machen - und das im Wissen um die Verantwortung und Verpflichtung aus unserer Vergangenheit, aber auch im Bewusstsein unserer Stärken.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Die Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN erheben sich)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Regierungserklärung.

Jetzt bitte alle aufpassen, das könnte beispielsweise für die Abendgestaltung der Fraktionsspitzen interessant sein!

Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 58 Minuten gedauert hat.

(Ulf Thiele [CDU]: 58 Minuten nichts gesagt! - Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Jens Nacke [CDU]: In 58 Minuten hätte man auch ein bisschen Inhalt unterbringen können! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Jetzt beruhigen Sie sich doch mal!)

Für die morgige Aussprache erhalten vereinbarungsgemäß die beiden großen Fraktionen ebenso viel Redezeit, wie die Landesregierung benötigt hat, also ebenfalls je 58 Minuten, und die beiden kleineren Fraktionen jeweils halb so viel Redezeit, also 29 Minuten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit.

Das fraktionslose Mitglied des Hauses erhält, wenn es das Wort ergreifen möchte, anderthalb Minuten Redezeit. - Ich stelle das Einverständnis mit dieser Handhabung fest.

Entsprechend unser Tagesordnung behandeln wir jetzt noch die Tagesordnungspunkte 8 bis 11, über die ohne Aussprache abgestimmt werden soll. Die

morgige Sitzung beginnen wir dann mit der Aussprache über die Regierungserklärung.

(Unruhe)

- Wir haben jetzt abschließende Beratungen von Gesetzentwürfen. Ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 8:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nichtraucherschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5082 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7220 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7264

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Schlussabstimmung mit den in der Beschlussempfehlung empfohlenen Änderungen annehmen will, den bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Das sind die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Ich bitte um Gegenstimmen. - Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Die Fraktion der AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 9:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6900 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7221 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7246

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Auch hierzu wurde im Ältestenrat besprochen, über diesen Punkt ohne Besprechung abzustimmen. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Schlussabstimmung mit den in der Beschlussempfehlung empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer dagegenstimmen möchte, den bitte ich, jetzt aufzustehen. - Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der AfD. Damit wurde der Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit gefolgt.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 10:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/6962 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/7222 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/7255

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit einer Änderung anzunehmen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch, sodass ich zur Abstimmung komme.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Schlussabstimmung mit der in der Beschlussempfehlung empfohlenen Änderung annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, jetzt aufzustehen. - Das sind die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer dagegenstimmen möchte, den bitte ich, soweit möglich, jetzt aufzustehen. - Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der AfD. Der Beschlussempfehlung wurde auch hier mit großer Mehrheit gefolgt.

Ich rufe als für heute letzten Tagesordnungspunkt auf:

Tagesordnungspunkt 11:
Abschließende Beratung:
Verfassungsgerichtliches Verfahren StGH 3/24 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 19/7191

Die unter Tagesordnungspunkt 11 vorgesehene abschließende Beratung betrifft ein verfassungsgerichtliches Verfahren, dessen Einzelheiten Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen entnehmen können.

Der Ausschuss empfiehlt, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Auch hier höre ich keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Das sieht einstimmig aus. Ich frage trotzdem nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde einstimmig gefolgt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Morgen früh geht es zur gewohnten Uhrzeit um 9 Uhr los. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17:54 Uhr.